STEUERSENKUNG

„Die FDP muss hart bleiben“

Josef Schlarmann, 70, ist Mitglied des CDU-Bundesvorstands und Chef der Mittelstandsvereinigung der Union.

SPIEGEL: Herr Schlarmann, die FDP ist nun doch bereit, die versprochenen Steuersenkungen auf das Jahr 2012 zu verschieben. Heißt das im Klartext, dass sich die Bürger Hoffnungen auf niedrigere Steuern abschminken können?
Schlarmann: Grundsätzlich nicht. Aber die FDP muss aufpassen, dass sie nicht hinters Licht geführt wird. In der Union gibt es starke Kräfte, die überhaupt keine Steuersenkungen mehr wollen. Die Ministerpräsidenten der CDU sind dagegen, weil sie Löcher in ihren Landeshaushalten fürchten. Und es ist nicht ausgeschlossen, dass sich auch Kanzlerin Angela Merkel nach der Steuerschätzung im Mai von ihren Versprechen aus dem Wahlkampf verabschieden wird. Wenn die Liberalen nun in der Terminfrage nachgeben, kann dies das endgültige Aus für Steuersenkungen bedeuten.
SPIEGEL: Sie raten der FDP, hart zu bleiben?
Schlarmann: Die FDP muss hart bleiben, muss in der Steuerfrage der Treiber der schwarz-gelben Koalition sein. Viele Menschen aus dem Mittelstand haben Union und FDP gewählt, weil sie hofften, dass dieses Bündnis eine vernünftige Steuerpolitik machen wird. Die fordern jetzt zu Recht ein Signal, dass an der Steuerschraube nicht weiter gedreht wird. Außerdem muss die Regierung das Steuerrecht einfacher und verständlicher machen. Im Koalitionsvertrag ist von Entlastungen in Höhe von 24 Milliarden Euro die Rede. Davon darf die Koalition nicht abrücken.
SPIEGEL: Ist es nicht Unsinn, in einem Jahr, in dem der Bund Rekordschulden aufnimmt, die Steuern zu drücken?
Schlarmann: Das ist mir viel zu fiskalisch gedacht. Wenn Sie die Staatsverschuldung ernsthaft mit höheren Steuern abbauen wollten, dann hätten wir bald so hohe Steuersätze, dass sich Arbeit für niemanden mehr lohnen würde. Nein: Wenn wir Steuern senken, dann haben die Menschen mehr Geld in der Tasche – und das führt zu mehr Wirtschaftswachstum. Nur so und mit einer Kürzung der Ausgaben kann die Regierung der Staatsverschuldung Herr werden.

RAINER JENSEN / PICTURE-ALLIANCE/ DPA

Schlarmann

BADEN-WÜRTTEMBERG

Landesregierung deckt Steuersünder Würth

Die Landesregierung von Baden-Württemberg deckt einen vorbestraften Steuersünder, den „Schraubenkönig“ Reinhold Würth. Das Staatsministerium verweigert dem Bundespräsidialamt die Herausgabe eines Strafbefehls gegen den Unternehmer aus Mai 2008. Das Präsidialamt hatte ihn angefordert, um zu prüfen, ob Würth das Große Verdienstkreuz aberkannt werden müsse. Im November 2008 teilte das Staatsministerium mit, dass eine Übersendung des Strafbefehls voraussichtlich nicht erfolgen könne. In der Zwischenzeit hat das Staatsministerium den Mitarbeitern von Bundespräsident Horst Köhler seine Gründe für die Ablehnung der Übersendung des Strafbefehls dargelegt. Anfragen des SPIEGEL zu den Gründen der Ablehnung wies das Stuttgarter Staatsministerium zurück. Das Präsidialamt teilt dazu mit, momentan erfolge die abschließende Prüfung des Sachverhalts.